

Anne Allmeling/Johannes Krug

Der Kampf gegen El Kaida ist nur eine von mehreren großen Herausforderungen, mit denen der Jemen konfrontiert ist. Um den Terrorismus einzudämmen, müssen die inneren Probleme des Landes gelöst werden.

Das gescheiterte Attentat des im Jemen ausgebildeten Terroristen Omar Faruk Abdulmutallab auf ein US-Flugzeug an Weihnachten 2009 hat das ärmste Land der Arabischen Halbinsel international in die Schlagzeilen gebracht. Politikern in aller Welt ist mit einem Mal deutlich geworden, dass der Jemen zu einem Rückzugsgebiet für El Kaida geworden ist und dass von diesem Land eine terroristische Gefahr ausgeht. Das ist allerdings nur eines von zahlreichen Problemen, mit denen der Jemen zu kämpfen hat. Der 23-Millionen-Einwohner-Staat gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Erde: Die Bevölkerung wächst schnell, ein großer Teil leidet unter Armut. Analphabetismus und Arbeitslosigkeit sind weit verbreitet. Die Ölreserven des Landes gehen zur Neige, und der seit 1978 autoritär regierende Präsident Ali Abdullah Salih verfügt über immer weniger finanzielle Mittel, um potenzielle Regimegegner einzubinden. Stattdessen stützt er sich zunehmend auf die staatlichen Sicherheitskräfte, die von seinen Familien- und Stammesangehörigen geführt werden. Im Norden wie im Süden wächst der Unmut der Bevölkerung; in einigen Regionen hat das Regime bereits die Kontrolle verloren. Seit 2004 kam es im Norden immer wieder

zu schweren kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den sogenannten Houthi-Rebellen. Im vernachlässigten Süden des Landes bekommen seit 2007 die Separatisten Zulauf. Sie fordern die Abspaltung des bis 1990 selbstständigen Südjemens. Von der wachsenden Instabilität des Landes profitiert El Kaida. Das Terrornetzwerk gewinnt an Einfluss und droht zu einer Gefahr für die gesamte Region zu werden. Doch so drängend dieses Problem auch ist: Der Kampf gegen El Kaida ist nicht zu gewinnen, ohne dass die inneren Konflikte des Jemen gelöst werden.

Die Kämpfe im Norden

Seit 2004 kämpft ein Teil der Bevölkerung des nördlichen Berglandes gegen die Regierung von Präsident Salih. Hinter diesem Konflikt stecken wirtschaftliche und religiöse Spannungen. Die Provinz Sadah im Norden des Landes ist das Zentrum der Zaiditen, einer schiitischen Konfession, zu der etwa ein Drittel der jemenitischen Bevölkerung gehört. Bis zur Revolution 1962 war der Nordjemen ein zaiditisches Imamat, eine Art religiöse Monarchie. Nach dem Ende des Bürgerkriegs 1970 zwischen den traditionellen Zaiditen, die als Royalisten bezeichnet wurden, und den revolutionären Republikanern geriet die Provinz Sadah als Hochburg der unterlegenen Royalisten ins Abseits. Dazu kam, dass jemenitische Sunniten versuchten, die schiitischen Zaiditen zu missionieren. Diese radikalen Sunniten fanden Unterstützung in den Reihen

der Regierung, aber auch im sunnitischen Nachbarland Saudi-Arabien. Dagegen wehrten sich die traditionellen Zaiditen, darunter die Familie der Houthis. Als Nachfahren des Propheten Mohammeds gehören die Houthis zur Führungsschicht der Zaiditen. Nur aus ihren Reihen darf nach zaiditischem Staatsverständnis der Imam als einziger legitimer religöser und politischer Herrscher stammen, was eine direkte Herausforderung für den aus einfachen Verhältnissen stammenden Präsidenten Salih ist. Sechsmal hat er mit militärischen Mitteln versucht, die Houthis und ihre Anhänger auszuschalten – bislang erfolglos. Im Bergland um die Provinzhauptstadt Sadah führen zwischen fünftausend und achttausend Houthi-Kämpfer einen erfolgreichen Guerilla-Krieg. Dass es im Februar 2010 zu einem Waffenstillstand gekommen ist, lag auch am direkten militärischen Eingreifen Saudi-Arabiens auf Seiten der jemenitischen Regierung seit November 2009. Als Folge dieser Kämpfe sind über 300 000 Jemeniten aus dem Norden geflohen.

Eine dauerhafte Lösung des Konfliktes ist nach wie vor nicht in Sicht – im Gegenteil. Allgemein wird ein neuer Waffengang zwischen Regierungstruppen und Rebellen erwartet. Dabei droht eine weitere Internationalisierung des Konfliktes. Zunehmend werden die Houthis mit der ebenfalls schiitischen Hisbollah im Libanon verglichen, der Houthi-Führer Abdul Malik Al-Houthi gilt Teilen der arabischen Presse schon als jemenitischer Hassan Nasrallah. Zwischen Saudi-Arabien und der islamischen Republik Iran ist längst ein medialer Krieg entbrannt. Saudiische Medien werfen dem Iran die finanzielle und militärische Unterstützung der Houthis vor, während Teheran davon spricht, dass die jemenitischen und saudischen Luftstreitkräfte mit amerikanischer Unterstützung gezielt zivile Ziele im zaiditischen Norden angegriffen haben. Allerdings fehlen Hinweise auf eine

direkte iranische Beteiligung. Das schließt aber eine künftige Allianz zwischen den Houthis und dem Iran nicht aus – im Gegenteil. Sollten auch weiterhin keine ernsthaften Versuche unternommen werden, die Houthis und die mit ihnen verbündeten Stämme politisch einzubinden und die ökonomische Situation der nördlichen Bergregion zu verbessern, könnten die Houthis verstärkt Unterstützung im Iran suchen. Ein Hoffnungszeichen ist immerhin, dass Teile der Opposition die Kontakte zu den Houthis nie haben abreißen lassen und sich inzwischen um eine engere Zusammenarbeit mit ihnen bemühen. Um ein derartiges Oppositiionsbündnis zu verhindern, führt inzwischen auch der Präsident intensive Gespräche über ein Wahlbündnis mit den Houthi-Führern.

Die Kämpfe im Süden

Die Kämpfe im Norden haben bislang mehrere Tausend Tote gefordert. Dennoch gilt der Konflikt nicht als fundamentale Bedrohung für die Einheit des Landes, auch weil sich die Houthis bisher immer zur Einheit Jemens bekannt haben.

Anders ist es mit dem Wunsch der meisten Südjemeniten, ihre 1990 verlorene Unabhängigkeit wiederherzustellen. Die Vereinigung des konservativen und bevölkerungsreicheren Nordens mit dem sozialistischen Süden 1990 stellt den größten Erfolg Präsident Salis dar. Sollte sich der Süden wieder abspalten, würde das die Legitimität des herrschenden Regimes in den Augen der meisten Jemeniten beeinträchtigen. Schon 1994 hatte Salih den Versuch seines damaligen Vizepräsidenten und ehemaligen Generalsekretärs der südjemenitischen Sozialisten, Ali Salim Al-Beid, verhindert, die Unabhängigkeit des Südens wiederherzustellen. In dem folgenden blutigen Bürgerkrieg konnte sich das Regime im Norden auf zahlreiche südjemenitische Islamisten stützen, die oft aus den Familien der traditionellen Elite stammten.

Diese hatten die Sozialisten nach der Revolution 1967 aus dem Süden vertrieben. Führer der südjemenitischen Islamisten wurde mit Scheich Tariq Al-Fadhli ein ehemaliger Afghanistankämpfer und Verbündeter Osama bin Ladens. In den folgenden Jahren gewannen die Stämme auch im Süden immer mehr Bedeutung zurück – auch auf Kosten der vormaligen Staatspartei, der Sozialisten. Gleichzeitig wurde der Südjemen von der Regierung im Norden systematisch vernachlässigt. Die Ressourcen gerieten unter die Kontrolle des Präsidenten und seiner Anhänger, die meisten Beamten und Soldaten aus den Reihen der Sozialisten wurden entlassen. In der Folge wuchs das Ressentiment gegen den Norden weiter an. Demonstrationen gegen Sanaa und für mehr Autonomie beantwortete das Regime mit vermehrter Repression. Als Reaktion darauf kam es zu einer Radikalisierung und Ausweitung der Protestbewegung. Mittlerweile demonstrieren immer mehr Südjemeniten für die Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit. Die Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften sind härter geworden. Seit 2009 kam es wiederholt bei Demonstrationen zu Todesopfern. Zugleich häufen sich Anschläge gegen Vertreter der Staatsmacht.

Die Unterstützung für die Separatisten kommt mittlerweile aus allen Gruppen: von Sozialisten, Stammesführern, Nationalisten und Islamisten. Im Gegensatz zu den schiitischen Houthis im Norden finden die sunnitischen Separatisten im Süden durchaus Unterstützung in Teilen der arabischen Welt. 1994 fand der damalige Versuch der Sozialisten, die Unabhängigkeit Südjemens wiederherzustellen, Unterstützung in Saudi-Arabien und den Golfstaaten. Als bevölkerungsreichstes Land auf der Arabischen Halbinsel stellt ein vereinigter und republikanischer Jemen immer eine Herausforderung für die Golfmonarchien dar. Eine Abspaltung des Südens und die damit einhergehende

Schwächung des Landes liegen deshalb in ihrem strategischen Interesse. Heute steht Saudi-Arabien allerdings zweifelsfrei hinter Salih. Die meisten Beobachter befürchten, dass eine erfolgreiche Abspaltung des etwa sechs Millionen Einwohner zählenden Südens zu einem kaum lebensfähigen Staat führen würde und ein Signal für ein Auseinanderbrechen im Nordjemen werden könnte.

Die Rolle von „El Kaida auf der Arabischen Halbinsel“

Die Angst vor einem Staatszerfall hat in den vergangenen Monaten die Terrorismusexperten alarmiert. Je instabiler die Lage im Jemen, desto größer ist die Chance für El Kaida, sich dort weiter auszubreiten. Schätzungen zufolge verfügt El Kaida über einige Hundert Kämpfer im Land. Radikale Islamisten haben im Jemen eine lange Tradition. Zum einen kämpften sie wie Tariq Al-Fadhli gegen die „gottlosen“ Sozialisten im Südjemen, die seit 1967 versuchten, eine sozialistische Volksrepublik nach sowjetischem Vorbild zu errichten. Zum anderen gingen in den 1980er-Jahren viele Jemeniten nach Afghanistan, um dort als islamische Gotteskrieger gegen die sowjetische Besatzung zu kämpfen. Einige dieser radikalen Islamisten stießen später zu dem Terrornetzwerk El Kaida, das sich in den 1990er-Jahren in Afghanistan bildete. Im Rahmen der Terroroffensive El Kaidas gegen die USA und ihre Verbündeten nach 1998 kam es auch im Jemen zu Anschlägen. Bis 2003 versuchte eine damals noch schwache jemenitische Gruppe mit Anschlägen gegen westliche Ziele und die Regierung, einen Terrorkrieg im Jemen zu entfachen mit dem langfristigen Ziel, die Macht auf der Arabischen Halbinsel zu übernehmen. Die Regierung von Präsident Salih zerschlug allerdings diese erste Generation der jemenitischen El Kaida. Auch den Sicherheitskräften im Nachbarland Saudi-Arabien gelang es

bis 2005, die dortige El-Kaida-Offensive abzuwehren. Eine Reihe saudischer El-Kaida-Kämpfer flüchtete in den Jemen und baute dort ein neues El-Kaida-Netzwerk auf. Unterstützt wurden sie von jemenitischen El-Kaida-Mitgliedern, denen 2006 die Flucht aus jemenitischen Gefängnissen gelang. Mittlerweile haben sich der jemenitische und der saudische Flügel El Kaidas zur Organisation „El Kaida auf der Arabischen Halbinsel“ zusammengeschlossen. Sie kämpfen gegen die jemenitischen Sicherheitskräfte und verüben Anschläge gegen westliche Ziele wie die US-Botschaft. Schon vor dem vereitelten Anschlag von Omar Faruk Abdulmutallab wurden die Sicherheitskräfte von amerikanischen Anti-Terror-Experten unterstützt – eine Zusammenarbeit, die seit Ende 2009 ausgebaut wird. US-General David Petraeus, der die amerikanischen Aktionen in der gesamten Region von Ägypten bis Pakistan koordiniert, ist im vergangenen Jahr mehrfach in Sanaa gewesen, um sich mit Präsident Salih zu treffen. Durch den Anschlag alarmiert, sprachen einflussreiche amerikanische Außenpolitiker wie Senator Joe Lieberman bereits davon, dass der Jemen zum Schauplatz eines neuen Anti-Terror-Krieges werde, nach dem „Krieg von gestern“ im Irak und dem „Krieg von heute“ in Afghanistan. Ein direktes militärisches Eingreifen der USA im Jemen steht zurzeit nicht im Raum. Ein solches Vorgehen könnte die Popularität El Kaidas im Jemen sprunghaft anwachsen lassen.

Bislang verfügt El Kaida lediglich nördlich der Hauptstadt Sanaa und in einigen südlichen Provinzen über Rückhalt. Einige El-Kaida-Mitglieder stammen aus den dort ansässigen Stämmen; zum Teil hat El Kaida aber auch Bündnisse mit einzelnen Stammesführern geschlossen. Oft dienen solche Bündnisse den Stammesführern dazu, von der Zentralregierung Leistungen für ihre vernach-

lässigten Stammesgebiete zu erpressen. Die antiamerikanischen Slogans von El Kaida kommen zwar bei vielen Jemeniten gut an, aber den meisten Jemeniten ist doch bewusst, dass sich der Terror El Kaidas schließlich vor allem gegen Muslime richtet. Zudem befürchtet ein großer Teil der Bevölkerung amerikanische Vergeltungsschläge. Für den Kampf gegen El Kaida bekommt die jemenitische Regierung inzwischen große finanzielle Unterstützung aus dem Westen und der arabischen Welt, vor allem von den USA und Saudi-Arabien. Den Kampf gegen El Kaida instrumentalisiert die jemenitische Regierung allerdings auch, um Unterstützung für den Kampf gegen die Houthis und die Separatisten im Süden zu gewinnen. Immer wieder versucht die Regierung, eine Verbindung zwischen El Kaida und den Houthis sowie El Kaida und den Separatisten herzustellen, um ihre Politik der Unterdrückung zu rechtfertigen und die Opposition zu diskreditieren. Für eine Zusammenarbeit von schiitischen Houthis und radikal-sunnitischen El-Kaida-Kämpfern fehlt jede Grundlage. Auch die südjemenitischen Separatisten halten Distanz zu El Kaida und unterstreichen dies mit Freundschaftsbekundungen gegenüber den USA – wie dem demonstrativen Hissen der US-Flagge.

Ein Kampf um die Nachfolge

Präsident Salih versucht mit allen Mitteln, die Opposition zu marginalisieren, damit sein Regime als alternativlos gilt, er die Herrschaft seiner Familie sichern und die Macht an seinen Sohn übergeben kann. Diese Tendenz zur dynastischen Erbfolge zeigt sich auch in anderen arabischen Republiken wie Syrien, Ägypten und Libyen. Ahmad, der Sohn von Präsident Salih, sitzt im Parlament und kommandiert bereits die Eliteeinheiten des Regimes. Salihs Neffen führen die Geheimdienste, andere Familienangehörige besetzen Schlüsselpositionen in Armee,

Regierung und Verwaltung. Auch große Teile der Wirtschaft, zum Beispiel die Erdöl- und Erdgasindustrie, stehen unter dem Einfluss der Familie. Gegen Salihs Versuch der Dynastiebildung hat sich ein breites Oppositionsbündnis aus Stammesführern, Islamisten, Sozialisten und arabischen Nationalisten im Parlament gebildet. Dieses Bündnis eint jedoch nur die Gegnerschaft zu Salih, dem es immer wieder gelingt, einzelne Persönlichkeiten aus der Opposition für sich zu gewinnen. So ist es auch nicht überraschend, dass die Kontakte Salihs zum Separatisteführer Tariq Al-Fadhl offenbar noch nicht ganz abgerissen sind. Gleiches gilt für die Verhandlungen mit Führern der Houthi in diesem Frühjahr. Die wieder zunehmende Selbstständigkeit der Stämme und die Formierung einer Autonomiebewegung im bisher ruhigen Zentraljemen sind weitere Symptome für die grassierende Politikverdrossenheit vieler Jemeniten und die Abkehr von einem Regime, das das Land in den Abgrund stürzen könnte. Der Opposition fehlt allerdings eine überzeugende Alternative zum Präsidenten. Auch in ihren Reihen ist die Angst vor einem Machtvakuum nicht zu übersehen. Diese Einschätzung findet sich auch außerhalb des Landes. Immer wieder wird davon gesprochen, dass der Jemen kurz davor ist, zu einem gescheiterten Staat zu werden. Zwar gelingt es der Regierung bisher noch im gesamten Staatsgebiet, militärische Präsenz zu zeigen und lokale Aufstände niederzuschlagen, aber der staatliche Einfluss außerhalb der großen Städte geht immer weiter zurück. Das liegt allerdings auch daran, dass der Prozess der nationalen Staatsbildung im Jemen nie vollständig abgeschlossen war. Beispiele dafür sind die nach wie vor große Selbstständigkeit der Stämme, die Vernachlässigung weiter Gebiete im Norden, Süden und Osten des Landes und die starke Unabhängigkeitsbewegung im Süden. Vor diesem Hinter-

grund überrascht es nicht, dass die USA – bei aller Kritik an Korruption, Unterdrückung und Vetternwirtschaft – an einer Zusammenarbeit mit Präsident Salih festhalten. Denn ein stabiler Jemen ist für die Sicherheit der Handelswege zwischen Europa und Asien ebenso unentbehrlich wie für die politische Stabilität der Arabischen Halbinsel. Deshalb gab es in diesem Jahr bereits zwei große Konferenzen in London und Riad, bei denen umfangreiche Hilfsmaßnahmen für das Land beschlossen wurden, wobei die größte Hilfe aus den Golfstaaten kommen soll. Zwar mag die Hilfe aus dem Ausland bei den gravierenden Problemen, die im Jemen herrschen, nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Dennoch ist sie notwendiger denn je. Ein gescheiterter Jemen würde nicht nur für El Kaida, sondern auch für Piraterie und organisierte Kriminalität einen Nährboden bieten und hätte nicht nur für den Nahen Osten fatale Folgen.

Dabei steht nicht nur der Westen vor einem Dilemma. Einerseits gibt es keine realistische Alternative zum Regime Salih, was dieser weiß und ausnutzt. Andererseits ist nicht absehbar, wie Salih Legitimität zurückgewinnen kann, da sein autoritäres Regime auf einer Mischung aus Patronage, Vetternwirtschaft, Korruption und Repression beruht und nicht reformierbar ist, ohne die Grundlagen der Herrschaft seiner Familie infrage zu stellen. So bleiben nur die Fortsetzung der bisherigen Politik und die vage Hoffnung, dass irgendwann die Modernisierungs- und Entwicklungspolitik greift. Letztlich hat wohl der amerikanische Nahostexperte Christopher Boucek recht, der feststellt: „Jemens Probleme sind eigentlich unlösbar. Aber man kann die Auswirkungen, die sie haben werden, verringern, sie entschärfen und damit auch die Chancen erhöhen, dass der Jemen [kulturell] das überleben wird, was kommen wird: den Zusammenbruch seiner Staatlichkeit.“